



Zeitschrift der sudetendeutschen Freiheitsbewegung

Erscheint einmal im Monat. — Schriftleitung und Verwaltung: Wien 8, Fuhrmannsgasse 18a, Fernruf A-26-2-66. — Bezugsgebühr für Einzelbezieher ganzjährig 4 Schilling oder RM. 2-50. — Wiener Postparzellen-Verrechnung Nr. 106.684, Post-Scheckamt Berlin, Konto 106.823

Folge 2

1. Februar 1931

12. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Abg. Dr. Ernst Schöllich: Selbstbestimmung oder Selbstverwaltung. — Abg. Hans Krebs: Grund, sächliches zur sudetendeutschen Autonomiebewegung. — Abg. Ing. Othmar Kallina: Unverantwortlicher Boykott gegen die sudetendeutschen Weltbäder. — Von der tschechoslowakischen Volkszählung. — Streiflichter. — Dr. Paul Rottler: Wolken über Sudetendeutschland. — Fritz Graas: Das „Berliner Tageblatt“ im Dienste der tschechischen Auslandspropaganda. — Der erste tschechische Tonfilm — eine Deutschenbeise. — Aus der Bewegung. — Vom Büchertisch. — Aus dem Leserkreis.

Sudetendeutscher Heimatbund

Sitz Wien

Bundeschkanzlei und Sudetendeutsches Arbeitsamt: Wien. 8. Bez., Fuhrmannsgasse 18a, Fernruf A-26-2-66

Verwaltungsgebiet Wien: Verwaltungsstelle: Wien. 8. Bez., Fuhrmannsgasse 18a.
Fernruf A-26-2-66

Kreis Österreich: Geschäftsstelle: Wien. 8. Bez., Fuhrmannsgasse 18a,
Fernruf A-26-2-66

Verwaltungsgebiet Berlin: Verwaltungsstelle: Berlin SW 61, Belle Alliancestraße 106
Kreis Berlin-Brandenburg: Geschäftsstelle: Berlin SW 61,
Belle Alliancestraße 106

Kreis Mitteldeutschland: Geschäftsstelle: Halle a. S., Wörmlitzerstraße 10
Kreis Rheinland-Westfalen: Geschäftsstelle: Bielefeld, Oberntorwall 38

Verwaltungsgebiet Dresden: Verwaltungsstelle: Dresden-R. 1, Zinsendorfsstraße 49/II,
Kreis Bayern: Geschäftsstelle: Passau, Oberrömerstraße 7^{II}
Kreis Sachsen: Geschäftsstelle: Dresden-R. 1, Zinsendorfsstraße 49/II,
Kreis Schlesien: Geschäftsstelle: Legnitz, Sophienstraße 32

Franzensbad

Erstes Moorbad der Welt / Hervorragendes Herzheilbad

Die stärksten aller bisher bekannten Glaubersalzquellen / Heilt Frauenleiden, Blutarmut, Herzkrankheiten, Gicht, Rheumatismus, Obstipation usw.

Heilung und
Eholung in



Karlsbad

Marienbad

Die Perle der Weltbäder

45 Heilquellen // 3 große Badeanstalten

Saison: Mai—September

Mustermäßige hygienische u. sanitäre Einrichtungen

Hauptfachliche Heilanzeigen: Fettucht, Fettleibigkeit, Fettherg; Plethora abdominalis und Stauungserscheinungen in Leber, Galle, Lunge, Nieren; Blutdrucksteigerung (Arteriosklerose), Herzleiden, Stuhlverstopfung, Gasblähung, chronischer Darmkatarrh, Erkrankungen des uropoetischen Systems (Nontremente, chronische Entzündungen, Nierensterile), Stoffwechselstörungen (Gicht, harnsaure Diathese, Diabetes), Rheuma, Ischias, Neuralgien, Frauenleiden, Beschwerden der Wechseljahre, Blutarmut und Weichhüft, Bajedow.

Tepliz-Schönnau

Die heißen (46 Grad Celsius) hochradioaktiven Thermen
heilen Gicht, Rheumatismus, Ischias

Thermal-, Moor-, Kohlensäure-Bäder, Natürliche Radium-Emanationskammern. Hochmoderne Kuranstalten mit Wohnungen: Steinbad, Städt. Kurhaus, Stadtbad Neubad

Subetendeutschland

Zeitschrift der subetendeutschen Freiheitsbewegung

Folge 2

Feber 1931

12. Jahrgang

Selbstbestimmung oder Selbstverwaltung.

Von Abg. Dr. Ernst Schollisch, Reuttschheim.*)

„Mit Worten läßt sich trefflich streiten“, das gilt besonders in der heutigen Zeit des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes auf dem Gebiete der Politik. Nicht die von den Parteien verkündeten Ideen und die im Programm festgelegten Forderungen sind oft zu Zeiten der Wahlen bei der Stimmenabgabe ausschlaggebend, sondern die Schlagworte, die in die Wählermassen hineingeworfen und entsprechend aufgemacht werden. Bei der dem deutschen Menschen eigenen, angeborenen Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit werden nun diese Schlagworte in allen Tonarten abgewandelt, bis in die tiefsten Tiefen untersucht und in langatmigen Abhandlungen auseinandergelegt und behandelt.

Unter diesem Fehler leiden auch die Subetendeutschen. Auch bei ihnen feiern trotz ihrer angstvollen Bedrängung durch den nationalen Gegner, der noch dazu die ganze staatliche Gewalt und die reichsten staatlichen Hilfsmittel für seine Zwecke zur restlosen Verfügung hat, die Täuscherei und Haarsplitterei Organe und verbrauchten Kräfte, die besser an anderer Stelle anzusetzen und zu brauchen wären. So lagen die deutschen Parteien jahrelang über die Begriffe „Aktivismus und Negativismus“ im härtesten Streite und verlierten, den Unterschied der Bevölkerung klarzumachen, um für die selbst vertretene Richtung Stimmung zu machen und Anhänger zu gewinnen. Es gab „aktivistische“ Parteien, deren einzige Aktivität darin bestanden hat, daß sie den unheilvollen Schritt in die tschechische Regierungsläube gemacht hatten, sonst aber hier in der Vertretung der deutschen Forderungen vollständig passiv und negativ blieben, und „negativistische“ Parteien, die eine außerordentliche aktive, nationale und politische Tätigkeit entfalteten. So bildeten diese beiden Ausdrücke jahrelang das Kampfgeschehen der subetendeutschen Politik, bis sie schließlich der Bevölkerung zum Ueberdruß wurden. Der an ihre Stelle tretende „Politivismus“, der von dem Ueberbleibsel der alten liberalen Partei als einziges Hilfsmittel aus diesem Wirrwahl in großen Worten verkündet wurde und dieser Partei für kurze Zeit einen Schein der Lebensberechtigung gab, wurde bald als Talmislang erkannt und in die politische Kumpelkammer gelegt.

Seither judt die subetendeutsche Politik trampschaft nach neuen Ideen und Ausbrüchen, und es scheint nun, daß das so bestiehe, aber ergebnislose Wortgeplänkel diesmal um die Begriffe „Selbstbestimmung oder Selbstverwaltung“ demnach wieder beginnen und bis zur Siebeshöhe getrieben werden soll. Schon tauchen in den Zeitungen Abhandlungen darüber auf, und auch die Führer einzelner Parteien finden es für angebracht, sich hiezu zu äußern, den Standpunkt der eigenen Partei festzulegen und unübersteigbare Scheide-

wände zwischen sich und den anderen aufzurichten. Um was geht denn eigentlich der Kampf der Meinungen?

Bei ihrem Eintritt in die tschechoslowakischen Vertretungskörper gaben die deutschen Volksvertreter in beiden Kammern eine gleichlautende staatsrechtliche Erklärung ab, in der der Satz vorkommt: „Wir verwerfen daher die Fabel vom reinen tschechischen Staat . . . wir werden niemals die Tschechen als Herren anerkennen, niemals uns als Knechte in diesem Staate fügen . . . und wir verfinden demnach feierlich, daß wir niemals aufhören werden, die Selbstbestimmung unseres Volkes zu fordern, daß wir diese als den obersten Grundpfeiler aller unserer Maßnahmen und unseres Verhältnisses zu diesem Staat . . . betrachten.“ Gewiß sind mehr als zehn Jahre wechselvollen Geschehens vergangen und vieles hat sich geändert. Geändert hat sich vor allem die Stellung einiger deutschen Parteien zu dem Staate selbst, in den das Subetendeutstum ohne Befragen und gegen seinen Willen hineingezwängt worden war. Dazu kam noch, daß die Tschechen die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht, das doch allen Völkern in den Friedensverträgen feierlichst zugesichert worden war, als höchst verätherlich und die deutschen Parteien, die daran nach wie vor unerschrocken festhielten, als irreidentisch bezeichneten. Es ist begreiflich, daß Deutsche in abhängiger Stellung bei ihrer politischen Betätigung darauf Rücksicht nehmen mußten, sollten sie nicht ihr tägliches Brot auf Spiel legen. Manche deutsche Partei mag daher heute aus diesen Gründen die klare Fassung der damaligen staatsrechtlichen Erklärung bei ihrer geänderten politischen Haltung sehr bedauern, doch damit wird nun einmal die bestehende Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß diese Erklärung den damals noch lebendigen Gesamtwillen der 3½ Millionen Subetendeutschen zum Ausdruck gebracht hat. Keine Partei hat auch bis heute den Mut gefunden, offen und eindeutig von dieser Erklärung abzurücken, wenn es auch an gelegentlichen Verweigerungen führender Persönlichkeiten nicht fehlt, die diese Forderung nach Selbstbestimmung als unzeitgemäß und unvorsichtig erklären. Der jetzige Führer des Bundes der Landwirte, der Abgeordnete und Minister Dr. Spina, hat schon vor Jahren in einer Versammlung erklärt, daß man über das Selbstbestimmungsrecht nicht offen sprechen, es vielmehr im tiefsten Verensicherten einsperren sollte, um beim tschechischen Staatsvolke nicht immer Anstoß zu erregen und Anlaß zu geben, den Deutschen die ihnen zukommenden Rechte mit der Begründung ihrer ablehnenden Haltung dem Staate gegenüber vorzunehmen. So wandeln sich die Zeiten und die Menschen mit ihnen!

Heute steht wohl nur noch die Deutsche Nationalpartei aus ihrer ausgesprochenen großdeutschen Gesinnung heraus ganz offen und unabweisbar zum Selbstbestimmungsrecht. Ich habe in meinem politischen Berichte auf den Gauparteitag „Subetendlanb“ am 29. November 1930 in Troppau darüber folgendes angeführt: „Man erklärt uns für politische Narren, weil wir auch heute noch nach zwölf Jahren staatlicher Verordnung von dem uns damals vorerhaltenen Rechte der Selbstbestimmung sprechen, und ver-

*) Die Schriftleitung hat sich an die subetendeutschen Parteien um Stellungnahme zu dieser Frage gewendet und wird die eingegangenen Antworten (wie die zwei ersten) fallweise veröffentlichen. Die Stellungnahme der Bundesleitung wird gleichfalls erfolgen.

sucht der Öffentlichkeit glaubhaft zu machen, daß wir daher stückweise die Selbstverwaltung ableiten. Was ist für uns die Selbstverwaltung, um Kollege Popowits auf dem Reichsparteitag in Wilmshagen ausführt, weder Endziel noch Zwischen- oder Etappenziel, jedenfalls aber zur Sicherung unseres Volkseigenums bis zur Erreichung des Endzieles das geeignete Mittel, nach dem wir selbstverständlich greifen, um dessen Durchsetzung wir kämpfen werden. Es scheint uns müßig, darüber zu streiten, ob die Tschechen uns jemals die Selbstverwaltung freiwillig geben werden und ob wir nicht zur Zeit ihrer Bereitschaft gleich das letzte Ziel erreichen können. Freiwillig und aus eigener Herzensgüte werden die Tschechen wohl keiner unserer berechtigten Forderungen Gehör schenken und sie der Erfüllung zuführen, das glauben heute wohl nur noch politische Kinder und krankhafte Phantasten, sie werden immer nur durch die Ereignisse und durch unsere Kraft zu Zugeständnissen gezwungen werden können. Auch das Ausmaß des Erreichbaren wird von unserer Stosskraft und von ihrer eigenen Notlage abhängen. Es läßt sich wohl kaum heute diebezüglich eine Vergewissung unseres Willens finden. Und da Politik die Kunst ist, das jeweils Mögliche zu wollen und durchzusetzen, so müssen wir eben in unserem sudetendeutschen Volke den Willen zum Wollen, den Willen zur Freiheit und Unabhängigkeit noch erhalten, bis auch für dieses erste Wollen, für dieses ureigenste Recht eines jeden Volkes die Zeit der Erfüllung kommt. Dann hat das von uns geforderte Recht der Selbstbestimmung seine Erfüllung gefunden. Die Vorgänge in der letzten Zeit machen es notwendig, auch darüber etwas klarer zu werden. „Die Allgemeinen Grundsätze der deutschen nationalen Politik“, unser Parteiprogramm, sagen darüber in Punkt 4: „... daher fordert die deutsche nationale Politik für diejenigen Teile des deutschen Volkes, die heute noch unter Fremdherrschaft stehen, sonach auch für das Sudetendeutschum das uneingeschränkte Recht auf Selbstbestimmung und will es durch eine uneingeschränkte Volksabstimmung ausgeübt wissen.“ Die jüngst in Polen durchgeführten Wahlen für den Reichstag zeigten eine so brutale Vergewaltigung der Minderheiten durch die staatliche Macht und Beeinflussung, daß ich an die Möglichkeit einer „unbeeinflussten“ Volksabstimmung nicht mehr glaube. Auch sonst stehen den Zwangsstaaten außer der brutalen Macht noch genug Mittel und Wege zur Verfügung, im Laufe der Zeit Einfluß auf die Weggerechten zu gewinnen und einen allmählichen Gefinnungswechsel vorzubereiten, wird schon zum Beispiel durch einen falschen Geschichtsunterricht in der tschechischen Auffassung bei der heranwachsenden Jugend ein ganz unrichtiges und einseitig gefärbtes Bild der Geschehnisse erzeugt. Wenn dieser Prozeß durch längere Zeit anbauert, kann immerhin bei Anwendung von Gewaltmitteln im Falle einer Volksabstimmung und vielleicht sogar auch ohne diese das vom Staatsvolf gewünschte Ergebnis erzielt werden. Aus diesen Beweggründen und auf Grund der bereits gemachten Erfahrungen lehne ich jede Volksabstimmung zur Durchsetzung des Rechtes auf Selbstbestimmung ab und bekenne mich demgegenüber zu der Ansicht, daß all das, was nach seiner geopolitischen und geographischen Lage und nach seiner ethnographischen Zusammensetzung zum mitteleuropäischen Dualismus gehört oder gehört, diesem in der Zukunft unbedingt, und zwar ohne Volksabstimmung, kraft des natürlichen Rechtes, zufallen muß. Nur so sehe ich die Zukunft des sudetendeutschen Gebietes, Oberschlesiens, des Korridors und der übrigen durch die Machtblüte von Deutschland abgetrennten Gebiete gesichert, wie lange auch das Wüten sogenannter Staatsvölker gegen ihre deutschen Zwangsbürger dauern möge.“

Ich habe dem damals Gefagten nicht viel hinzuzufügen. Daraus ergibt sich, daß die Deutsche Nationalpartei mit allen deutschen Parteien, welche ernstlich gewillt sind, um die Erringung der Selbstverwaltung als Mittel der Selbstbehauptung zu kämpfen, in einer Front steht und alle Bestrebungen nachhaltig und mit allen Kräften unterstützen wird, welche zur Erreichung dieser deutschen Forderung zurechtfinden erscheinen und unternommen werden müssen. Sie wird zunächst einmal veranlassen, daß sich die deutschen Parteien ernstlich mit dieser Frage beschäftigen und die gemeinsamen Grundsätze und Richtlinien festlegen. Denn Tatsache ist, daß bisher noch nicht darüber gesprochen worden ist, so daß sich jeder einzelne und jede Partei darunter womöglich etwas anderes vorstellt. Es muß also erst ein gemeinsames Wollen herauskristallisiert werden, das in konkreten Anträgen seinen Niederschlag findet.

Wir halten es aber für äußerst gefährlich, diese Zwischenforderung nach Selbstverwaltung als politisches Ziel aufzustellen und die sudetendeutsche Bevölkerung darauf festzulegen, weil auf diesem Wege der ohnehin und von Haus aus bei den Deutschen nicht übermäßig stark entwickelte Drang nach Freiheit im Laufe der Jahre an Lebendigkeit und Kraft verliert und einer gefährlichen Gleichgültigkeit und Aufgäbigkeit mit den gegebenen Umständen Platz machen wird. Es geht daher nicht an, das Selbstbestimmungsrecht als politisches Hochziel, da unbequem und von dem tschechischen Machthaber mit dem Bannfluch als irdentischste Beleg, in einem Schrein zu verpacken, im eigenen Heim davor bei geöffnetem Tabernakel verschwiegen seine Andacht zu verrichten. Wie sollen die aus der von vordemhaltenden Selbstbestimmung stießenden Rechte und Forderungen in der sudetendeutschen Bevölkerung lebendig erhalten werden, wenn niemals öffentlich darüber gesprochen wird, wenn sie nicht immer wieder als unantastbare und unveräußerliche Grundrechte unseres Volkes erklärt werden! Ein neues Geschlecht wächst heran, das keine gefühlsmäßige Verbindung mit der Vergangenheit mehr hat, das die Vorrießzeit und den Verlauf des Krieges wie seinen Abschluß und die Folgen, die sich daraus für unsere Stellung ergaben, nur noch vom Hörensagen oder aus gefärbten Berichten in den verschiedenen Schulbüchern kennt. Wir dürfen die planmäßige Beeinflussung durch die im tschechischen Geiste bearbeiteten Geschichts- und Lesebücher in den Schulen der verschiedensten Art nicht unterschätzen. Wenn nun noch von deutschen Parteien als ihrer Weisheit letzter Schluß immer wieder in den Berclamungen und in den Zeitungscutiteln das „Schicksalinden“ gepredigt und erklärt wird, daß es unsere einzig vernünftige Aufgabe sei, sich das Bett in diesem Staat zurechtzurücken, da in der nächsten Zukunft eine Aenderung unserer staatlichen Zugehörigkeit nicht zu erwarten sei, wenn weiter die noch immer vorhandenen, unerlöschenden, aber als lästig empfundenen Vertreter einer tabulationalen Richtung in den Augen der Bevölkerung in ihrem elden Streben herabgesetzt, ja geradezu als Phantasten und Narren lächerlich gemacht werden, dann müssen wir immerhin mit einiger Besorgnis um die Erhaltung unserer nationalen Eigenart in die Zukunft blicken. Daraus ergibt sich ganz folgerichtig für die Deutsche Nationalpartei die heilige Verpflichtung, am großdeutschen Gedanken, an der Forderung nach Selbstbestimmung des sudetendeutschen Volkes hartnäckig festzuhalten und dieses immer und immer wieder öffentlich und bei jeder Gelegenheit zu verkünden. Mit doppeltem Eifer muß sie bestritten sein, diesem politischen Hochziele neue Anhänger und Bekenner, besonders in der heranwachsenden Jugend zu gewinnen, da so allein der fortschreitende Prozeß der Ent-

deutung und Tschechoslowakisierung ausgeübt werden kann. Die Deutsche Nationalpartei ist sich dieser schweren und wichtigen Aufgabe im Interesse der Zukunft unseres Volkes durchaus bewußt!

Grundrissliches zur subdenkeutschen Autonomiebewegung.

Von Abgeordneten Hans Krebs.

Die tschechoslowakische Republik ist nach dem Willen ihrer Schöpfer als ein zentralistischer Staat nach französisch-westlichem Muster gebildet worden. Diese Wärdigkeit geht ganz klar aus der Verfassung hervor, die nur eine einzige Zentralgewalt und nur eine einzige gesetzgebende und verwaltende Zentrale — Prag — kennt. Ganz deutlich sagt besonders der § 7 der Verfassungsurkunde vom 29. Februar 1920: „Die gesetzgebende und verwaltende Tätigkeit der Landtage ist erloschen.“

Gemäß dieser Konstruktion der Verfassung war der Staat auch in Gauen, ähnlich den französischen Départements, eingeteilt, die das Zwischenglied zwischen Gemeinden und Ministerien hätten sein sollen.

Diese grundsätzlichen Bestimmungen der Verfassung sind im Jahre 1927 geändert worden. Seit jener Zeit besitzt die tschechoslowakische Republik wieder Landesvertretungen, und wenn diese Körperschaften auch keine gesetzgebenden Rechte besitzen, so verwalten sie eben doch die ehemaligen Landesgebiete, die in der Vorkriegszeit Landtagen unterstellt waren.

Es ist nicht ohne Interesse, zu verfolgen, wie es zu dieser grundsätzlichen Veränderung der Verwaltung, der sogenannten „Verwaltungsreform“, in der Tschechoslowakei gekommen ist, die diesen Staat von der französisch-zentralistischen Staatsform in einen föderalistischen Staatsapparat mit autonomen Ländergebieten verwandelte. Das kam so: Im Jahre 1926 wurde die bis dahin regierende rein tschechische Regierungskoalition durch den Austritt der tschechischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gesprengt. Die Regierung Schwelba verfügte nur über eine Minderheit im Parlament — 107 von 300 Abgeordneten. Sie war gezwungen, deutsche oder auch slowakische Parteien in die Regierungskoalition aufzunehmen, wenn sie nicht zur nackten Diktatur greifen wollte. Die deutschen Parteien gingen — wie man heute weiß — bedingungslos in die Regierung. Ganz anders die Slowaken! Sie forderten als Preis für ihre Regierungsteilnahme, die autonome slowakische Landesverwaltung! Nach langwierigen Verhandlungen waren sie so weit: Im Jänner 1927, wenige Tage nach dem Eintritt der Slowaken in die Regierung, lag auf dem Tische des Abgeordnetenhauses jener umfangreiche Gesetzesentwurf, der dann am 14. Juli 1927 zum Gesetz erhoben wurde und den Titel „Organisation der politischen Verwaltung in der tschechoslowakischen Republik“ trägt. In diesem Gesetz ist die Abgrenzung der „Landesverwaltungen“ festgelegt worden. Die Slowaken erhielten ihre slowakische Landesverwaltung mit eigener Hauptstadt, slowakischem Landespräsidenten, Schulverwaltung, Aufsicht über die Gemeinden, die Straßen, die Krankenhäuser — kurz Selbstverwaltung der den Ländern überdiesenen Verwaltungsgewalten. In den sogenannten „historischen“ Ländern, Böhmen, Mähren und Schlesien, das anders. Hier wurden die Landesvertretungen nicht nach deutschen und tschechischen Landeshandeln geschaffen, sondern es wurden hier zwei Landesvertretungen geschaffen, die wiederum gemeinschaftlich sind, in denen aber die Tschechen die Gewalt in den Händen haben: das Land Böhmen und das Land Mähren-Schlesien. Die deutschen Regierungs-

parteien veräußerten den historischen Augenblick, für das Subdenkeutentum eine subdenkeutsche Landesvertretung zu fordern und durch diese Schuld der Regierungsparteien ist die Verwaltungsreform für Böhmen, Mähren und Schlesien nicht nur kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt auf dem Gebiete der Selbstverwaltung geworden.

Immerhin: Grundsätzlich hat sich die Verwaltungsgrundlage der Tschechoslowakei geändert. Sie ist heute nicht mehr zentralistisch, sondern auf die autonomen Landesgebiete gestellt, und es wird die Aufgabe des Subdenkeutentums sein, den nächsten politischen Augenblick auszunützen, um diese Grundlagen zur Erfüllung ihrer Forderung auf die subdenkeutsche Selbstverwaltung auszunützen.

Wenn die Subdenkeutentum ihre Autonomieforderung begründen, dann haben sie für die politische Forderung neben dem natürlichen Recht noch eine Stütze in der Staatsverfassung der Tschechoslowakischen Republik selbst. Im § 8 der Verfassungsurkunde wurde dem tschechoslowakischen Landesteil die „volle Autonomie“ zugesichert und ausdrücklich gesagt, daß

„Karpatenrußland ein eigenes Parlament erhält, das sich sein Präsidium selbst wählt und daß dieses Parlament über die Gesetze in Angelegenheit der Sprache, des Unterrichts, der Religion und der lokalen Verwaltung u. u. v. Beschlüsse fassen wird“.

Eine andere Bestimmung der Verfassungsurkunde, der § 128 wieder, versichert die Staatsbürger nicht nur der gleichen Behandlung vor dem Gesetze, sondern sichert ihnen auch die gleichen politischen Rechte zu. Aus diesen Umständen muß das Subdenkeutentum die Plattform für seinen politischen Kampf um die nationale Selbstverwaltung gewinnen! Wenn den Subdenkeutentum gleiche Rechte wie den Karpatenrußen, Slowaken u. u. v. zugesichert sind, dann muß man ihnen

das subdenkeutsche Verwaltungsgebiet, den Landtag, den subdenkeutschen Landespräsidenten, die subdenkeutsche Hauptstadt und das Recht zubilligen, über die Angelegenheiten der Sprache, des Unterrichts, der Religion und der lokalen Verwaltung in ihrem subdenkeutschen Landtag autonom zu beschließen.

Darum geht nun der Kampf! Das Subdenkeutentum ist in diesem Kampfe nicht gescheitert. Die Regierungsparteien von gestern und heute (Sozialdemokraten, Bund der Landwirte und Christlichsoziale) stehen noch immer auf dem Standpunkte der Unterwerfung unter die Tschechenpolitik — denn das, was heute in Prag geschieht, ist Tschechisierungspolitik wie immer —, während die Nationalpartei hartnäckig jedes unpolitische Ziel ablehnt. Die subdenkeutschen Nationalsozialisten allein „fordern“, nicht nur gelegentlich, den Kampf um die Autonomie, sondern organisieren diesen Kampf in Massenkonferenzen und suchen ihre Front zum Angriff gegen den Prager Zentralismus zu stärken.

Welche Ausichten hat der Kampf um die nationale Selbstverwaltung? Die Kämpfer um das Selbstbestimmungsrecht behaupten, daß wir die Selbstverwaltung erst dann bekommen könnten, wenn die europäische Lage derart wäre, daß die Subdenkeutentum auch das Selbstbestimmungsrecht haben könnten! Der Ansicht bin ich nicht. Ich bin vielmehr der Überzeugung, daß das Subdenkeutentum die Autonomie, die den Zerstückelungsprozess des subdenkeutschen Gebietes durch die Tschechisierung aufhalten könnte, mit den politischen Kräften des Subdenkeutentums ohne außenpolitische Einwirkung zu erreichen vermöchte. Ich bin mit meinen Freunden in der nationalsozialistischen Partei der Überzeugung, daß ein Volk von der Größe des Subdenkeutentums nicht auf außenpolitische Ereignisse warten darf,

auf die es gar keinen Einfluß hat, daß es vielmehr politische Kräfte selbst, im eigenen Lande und unabhängig von außen politischen Kräften, entwickeln muß. Wenn diese Kräfte genügen werden, den Gang der Ereignisse in der Fischscholomaike so zu gestalten, daß sie zur Ausrottung kommen, kann niemand voraussetzen. Aber wir werden bestimmt auch den günstigsten Augenblick wieder veräumen, wenn es uns nicht gelingt, die richtigen Fronten zu bilden. Bereit sein ist auch hier — alles!

Unverantwortlicher Boykott gegen die judendeutschen Weltbäder.

Von Othmar Pallina, Karlsbad,
Mitglied des Prager Parlamentes.

Seit den Unfriedensverträgen der Pariser Vorrede ist über alle grenzüberschreitenden Gebiete jähwerts Leid herein-
gebrochen. Die verfallene deutsche Republik wurde im
Osten und Südoften von einer Reihe neugegründeter Staaten
umgeben, denen mit bestimmter Absicht gegen ihren Willen
und freier Willen verfallene Gebiete deutsche Kolonien zu-
geteilt wurden. Unter brutaler Mißachtung des
Selbstbestimmungsrechtes der Völker wurden für
15 Millionen Deutsche um ihr heiliges Vaterland betrogen.

Das Schidial Ostpreußens, Rangigs, Oberkloßens, Süd-
titels, Elß-Bohringens und Eupens wird von einem
Großteile der reichsdeutschen Bevölkerung mit warmem
Interesse verfolgt. Weit geringeres Interesse wird aber
bisher den 3/4 Millionen Sudetendeutschen entgegengebracht,
deren geographisches Siedlungsgebiet fast 26.000 Quadrat-
kilometer umfaßt.

Diese Sudeten-Deutschen bemühen sich im ernsten schweren Kampf, nur auf eigene Kraft gestellt, die Geschlossenheit ihres sudeten-deutschen Sprachgebietes zu bewahren. Mit aufrechter und warmer Anteilnahme verfolgen sie alle Vorgänge im großen Vaterlande und haben sie besonders in der schweren Notzeit des Ruhestampfes — trotz ihrer eigenen Not — keinen Augenblick gesät, lindernd einzuwirken und es waren mehrere Millionen Kronen, die sie für die „Deutschlandhilfe“ zur Verfügung gestellt haben.

Man müssen sie erst erleben, daß als Antwort auf die deutschfeindlichen Prager Skandale, die sich in erster Linie gegen das Subjektivendumschium um, von der reichsdeutschen Öffentlichkeit mit vollem Rechte bemerkt, gegen den deutschen Tonfilm richteten, von einzelnen reichsdeutschen Bädern, mit Bad Mergentheim an der Spitze, zu einem Boykott der in der Tischelhofstraße liegenden jüdischen Bäder: Karlsbad, Marienbad, Franzensbad und Teplitz-Škoda aufgerufen wird.

Diese vier jüdisch-deutschen Weltbürger liegen in der Mitte des geschlossenen deutschen Gebietes und sind Freunde der Ditt, mit Ausnahme der durch die Brager Zentralregierung nach der Aufrechterhaltung der jüdischen Republik dorthin versetzten jüdischen Staatsbeamten und Angehörigen. Die Brager jüdischen Machthaber sind nach polnischem Muster bestrbt, die geschlossenen deutschen Sprachgebiete in gemischtsprachige zu verwandeln. Dieses Ziel versucht man zu erreichen durch die Entlassung zehntausender deutscher Beamten und Angehöriger, durch die Durchsührung der sogenannten Bodenreform, die nur nationalitätlichen Zwecken dient und bereits dahin geführt hat, daß 450.000 Hektar deutschen Grund und Bodens in jüdischen Besitz übergeben wurden und als weitere Folge: gegen 50.000 deutsche Menschen ihren Arbeitsvoss verloren haben. Durch die Verschleppung des großen arbeitsfähigen ungarischen Ab-

gebietes ist auch für die deutsche Industrie (70 vom Hundert der gesamten Industrie befinden sich in subdenksteinischen Dörfern) eine schwere Notzeit herangewogen. Die Zahl der deutschen Arbeitslosen ist bereits auf 250.000 gestiegen. In den mit so seltenen landschaftlichen Reizen geeigneten Gebieten, welche die herrlichen und segenspendenden Weltbäder umfassen, lebt daher ein Großteil der Bevölkerung nur noch vom Kurort- und Fremdenverkehr.

Es ist daher unfaßbar, daß reichsdeutsche Kreise als Antwort gegen die deutschfeindlichen Prager Krawalle zum Boykott gegen die jüdisch-deutschen Bäder auffordern konnten, wobei man lieber annehmen muß, daß sie sich über den ferndeutschen Charakter dieser Badeorte sich vollständig im klaren waren. Der Boykottbewegung wurde die Lösung zugrunde gelegt: Deutsche, besucht nur deutsche Bäder! —

Mit keinem Worte wurde aber der in fremdsprachigen Gebieten gelegenen Kurorte, zum Beispiel der französischen oder italienischen Badecito und Luftkurorte Erwähnung getan, sondern nur unserer subalpinen Kurorte, und zwar in einem solchen Zusammenhang, daß der unorientierte Leser den Eindruck gewinnen mußte, als ob es sich um tiefgehende, väter. hquale... Die Aufzählung, die. subalp. deutschen Bäder zu meiden, ergab aber von Mergentheim aus nicht nur an die deutsche Presse, sondern auch an sämtliche Verge und Kliniken, und es ist erfreulich, festzustellen, daß einzelne der Empfänger nicht gegögert haben, klar und deutlich Stellung zu nehmen. So antwortete der Leiter einer Berliner Klinik:

„An die Kurverwaltung Bad Mergentheim. Ich erhielt Ihr Verbescheid und möchte nicht verfehlen, Ihnen mitzutheilen, daß der Inhalt Ihres Schreibens auf mich den denkbar schlechtesten Eindruck gemacht hat und ich möchte Ihnen in Ihrem Interesse raten, von derartigen Verbescheiden in Zukunft abzugehen. Die als Konferenz von Mergentheim in Betracht kommenden Bäder der Tischedlofskoi sind ferndeutliche Orte, bewohnt von den Subereubenden, die für die Erhaltung ihres Deutichthums kämpfen. Der an sich berechtigte Wettbewerb darf nicht durch unsaubere Momente vergütet werden. Hochachtungsvoll: (folgt die Unterschrift des Anstaltsleiters), a. v. Professor der Universität Berlin.“

Ebenso erfreulich ist eine Notiz in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ vom 10. Oktober 1930, in welcher es mit Recht heißt:

„daß es im Gegenteile Pflicht der Reichsdeutschen ist, diese deutschen Väter im Grenzlande zu unterstützen, wo und wie wir nur können und nicht beschüttern, wie uns geschäftstüchtige, aber wenig charaktervolle Agenten der reichsdeutschen Konkurrenz unter der Maske des Patriotismus einreden wollen.“

Das mitteleuropäische Deutschtum durchlebt seit dem verlorenen Kriege schwere Zeiten. Der Wiederaufstieg des deutschen Volkes kann nur herausgeführt werden, wenn sich alle Deutschen der innigen Schicksalsverbundenheit bemußt bleiben und auch bereit sind, im täglichen Leben den aus ihr ersließenden Gejeigen gemäß zu handeln. Es möchte aber noch ausdrücklich betont werden, daß die judendeutlichen Kurorte keine noch so scharfe, mit lauterem Mitteln geführte Konkurrenz fürchten und auch die Bezeichnung Wergeheim als „deutsches“ Karlsbad wird nicht beanstandet, die diese ja nur eine Bekräftigung für unser Weltbad Karlsbad ist. Wogegen wir uns mit Unsicherheiten verwahren müssen, ist, daß in den Aufrufen und Zuschriften an das nationale Gewissen appelliert und es als Pflicht aller jener hingestellt wird, die „deutsch denken und fühlen“, die „tschechischen“ Bäder nicht mehr zu besuchen.

Wir Grenzlanddeutschen begrüßen die Losung: Deutsche, besucht nur deutsche Bäder! Aber wir erwarten, daß trotz

der wirtschaftlichen Mißgunst, unter welcher wir alle schwer zu leiden haben, die schwer um ihr Deutschum ringenden deutschen Grenzgebiete nicht vergessen werden, sondern im Gegenteil, daß sich unsere Brüder im Reichs beßen bewußt werden, daß es gerade jetzt gilt, dem Grenzlandsdeutschum zu Hilfe zu eilen.

Es genügt eben nicht nur, in Genf bei Beratung über die Minoritätenfrage schöne, warmfärbende Worte zu sprechen, sondern es heißt durch die Tat alles dazu beitragen, um das Grenzlandsdeutschum in seinem schweren Ringen in jeder Richtung zu fördern.

Von der tschechoslowakischen Volkszählung.

Nach den vorläufigen, vom Statistischen Staatsamt veröffentlichten Ergebnissen betrug die Einwohnerzahl des tschechischen Staates am 2. Dezember 1930 14.721.234 Personen, was gegenüber der Volkszählung im Jahre 1921 eine Zunahme um 1.113.859 Personen, gleich 8,2 v. H. bedeutet. Die Verteilung dieser Einwohnerzahl auf die einzelnen Länder zeigt folgende Zusammenstellung:

	Einwohner 1930	1921	Zunahme Der einen Einwohner	Prozent
Böhmen	7.103.266	6.670.582	432.684	6,48
Mähren-Schlesien	3.562.957	3.335.152	227.805	6,83
Slowakei	5.329.717	2.907.048	2.422.669	11,1
Karpatenrußland	725.294	604.593	120.701	19,96
Gesamte Republik	14.721.234	13.607.375	1.113.859	8,20

Der hohe Hunderttag der Bevölkerungszunahme gegenüber dem Jahre 1921 mit 8,2 v. H. ist ausschließlich auf den starken Bevölkerungszuwachs in der Slowakei und in Karpatenrußland zurückzuführen. Mähren-Schlesien und Böhmen bleiben mit einem Hunderttag von 6,83, beziehungsweise 6,48 v. H. weit unter dem Staatsdurchschnitt von 8,2 v. H. Ueberraschend wirkt die geringe Zunahme in Böhmen, da man allgemein annahm, daß dieses Land durch das rasche Wachsen der Bevölkerung der Hauptstadt Prag mehr gewinnen würde als die anderen tschechischen Länder. In der Hauptstadt Prag wurden 848.000 Einwohner gezählt. Vor neun Jahren hatte Groß-Prag 677.000 Bewohner. Die Einwohnerzahl wuchs daher um 171.000, das ist um 25,3 v. H. Diese Zahlen gelten für Groß-Prag. Der Bevölkerungszuwachs in Böhmen beträgt 432.684. Im Kreise Prag-Land 50.005. Daher entfällt ein Aektel des Gesamtzuwachses der Bevölkerung Böhmens auf den Kreis Prag-Land. Entsprechend dem Bevölkerungszuwachs ist auch die Bevölkerungsdichte auf einen Geviertkilometer von 97 im Jahre 1921 auf 104 im Jahre 1930 für die gesamte Republik gestiegen. In Mähren-Schlesien und in Böhmen ist die Bevölkerungsdichte bedeutend höher als der Staatsdurchschnitt und beträgt 133 (124), beziehungsweise 137 (128). In der Slowakei entfallen auf einen Geviertkilometer 68 (61) und in Karpatenrußland 57 (48) Personen auf einen Geviertkilometer. In der Slowakei hat heute die Bevölkerungsdichte jene Höhe erreicht, wie sie Böhmen um das Jahr 1825 aufwies.

Von den deutschen Bezirken weisen, soweit bisher bekannt, eine Zunahme der Einwohnerzahl in Böhmen auf: Aisch (um 5733), Teicheln (10.792), Dauba (1371), Zur (6200), Jallennau (5473), Eger (8852), Komotau (11.566), Gabelung (15.542), Joachimsthal (846), Kaaden (289), Krummna (1755), Landstern (2404), Marienbad (2208), Neidenberg (12.269), Seipa (6192), Leitmeritz (6934), Elbogen (2101), Brüx (5799), Alau (416), Boderlam (1386), Rumburg (2776), Mies (3685), Schludena (2664), Aulitz (11.922), Barnsdorf (4029), Karlsbad (14.393), Hohenhe (1439), Saaz (3089), in Mähren-Schlesien: Sternberg (248), Ritschburg

Wien Hotel Erzherzog Rainer IV., Mozartgasse 6. / Fünf Minuten zur Oper 120 Zimmer mit fließendem Wasser und Ferntelefon, Zentralheizung, 40 Badzimmer, Lichtsignale, Safe- Deposits, Garage, Café, Bar. Bevorzugtes Familienhotel!

(1066), Römerstadt (1730), Mährisch-Trübau (1648). Eine Abnahme der Bevölkerung verzeichnen die Bezirke: Braunau (um 296), Friedland (1252), Deutsch-Gabel (1038), Kapitz (1719), Prachatz (1801), Tepl (490), Bischofteinitz (1908), Ludy (244), Bärn (Mähren) (414) und auch die Städte Preßburg, Bischofteinitz, Bärn, Sternberg, Deutsch-Gabel, Landstern.

Bemerkenswert ist das Zählungsergebnis in so manchen tschechischen Städten und Bezirken, wie nachstehende Angaben zeigen:

Als geradezu katastrophal muß die Entvölkerung Südböhmens bezeichnet werden, die an die 20.000 Personen beträgt und sich auf die einzelnen tschechischen Bezirke wie folgt verteilt: Bistz 3178, Strakonitz 2064, Wenceslau 1161, Milevitz 2010, Sedkan 4091, Kamenitz a. d. Elbe 2811, Moldauthein 694. Und während Kuttentberg bei der Volkszählung im Jahre 1921 14.715 Einwohner hatte, sind es jetzt nur mehr 13.893, so daß sich also ein Abgang von 822 Einwohnern ergibt; um ein Vielfaches größer ist derselbe in Kolín mit 2265 Personen, hingegen in Jitschin etwas geringer, wo der Abgang nur etwa 3000 Einwohner beträgt. In engeren Grenzen bewegen sich die Abgänge in anderen tschechischen Städten und nur in wenigen ist ein Anwachs zu verzeichnen. Wodurch sind nun alle diese Menschen gekommen? Ausgestorben — oder ist dieser Abgang vielleicht auf geringe Vermehrung zurückzuführen?

Die Ursachen sind verschieden. Zunächst einmal haben gewisse Gebiete der Tschechoslowakei einen erstaunlichen Zuwachs des tschechischen Elementes zu verzeichnen, so zum Beispiel in Tschechisch-Teichen, das mit seinen insgesamt 10.530 Einwohnern am 1. Dezember 1930 4712 tschechische Einwohner hatte, also 44,7 v. H. der Gesamteinwohnerzahl, während 1921 nur 2427 Tschechen in Teichen waren. Ein ähnlicher Zuwachs zeigt sich in Troppau und im Hultschiner Gebiet und vor allem in der Slowakei (vornehmlich Staatsangestellte und Militärs). Pilsen, das jetzt 183.997 Einwohner hat, hat einen Zuwachs von 16.055 Personen zu verzeichnen. Besonders stark ist aber die Zunahme nach Groß-Prag. Ein weiterer beachtenswerter Umstand ist die Auswanderung der Tschechen nach den im nördlichen Böhmen gelegenen Industriegebieten, unter anderem nach Gabelung. Es handelt sich also hier zum Großteil nicht um eine wirkliche Entvölkerung, die etwa auf Sterblichkeit oder andere Ursachen zurückzuführen ist, sondern in der Hauptstadt um Bevölkerungsverschiebungen, wie sie eben so auch in deutschen Gegenden vorkommen.

Ueber die nationale Zusammenfassung der Bevölkerung auf Grund der Zählungsergebnisse vom Dezember 1930 liegen noch keine amtlichen Angaben vor; schon jetzt herrscht aber in der tschechischen Presse allgemeine Zweifel darüber, daß überall ein Anwachs der tschechischen und ein Rückgang der deutschen Bevölkerung festzustellen sei. Eine Verschiebung der Zusammenfassung der Bevölkerung in nationaler Hinsicht, und zwar zu Ungunsten der Deutschen, wird sich ergeben, bei der Geburten-

zu was bei den einzelnen Nationen wesentlich verschieden, bei den Deutschen am geringsten ist. Seit der ersten Volkszählung vom 21. Februar 1921 ergab sich bis Dezember 1930 ein Geburtenüberschuß von rund 1.314.000, so daß die Bevölkerungsziffer der Tschechoslowakei fast 15 Millionen (14.925.000) betragen müßte. In Wirklichkeit ergibt sich jedoch infolge Uebernehmens der Auswanderung über die Süd- und Einwanderung noch eine Differenz, die man für das Jahrzehnt seit der letzten Volkszählung mit rund 215.000 annehmen kann. Der natürliche Bevölkerungszuwachs war bei den über drei Millionen Deutschen absolut sogar geringer wie bei den Karpatenrussen, die allerdings die höchste relative Vermehrungsziffer aufweisen. Für 1000 Einwohner der gleichen Nationalität ergab sich im Jahre 1929 bei den Karpatenrussen ein Zuwachs von 21,11, bei den Polen 12,21, Juden 9,51, Ungarn 8,58, Tschechen und Slowaken 7,2, bei den Deutschen hingegen nur 2,62.

Der Rückgang des Deutschtums und das Anwachsen der Tschechen im deutschen Siedlungsgebiet sind aber nicht bloß von der Verschiedenheit des Geburtenüberschusses bedingt, sondern sind der erscheidende Erfolg der mit allen Mitteln durchgeführten Vertreibung des deutschen Siedlungsgebietes, sind der Erfolg der mit allen Machenschaften durchgeführten Volkszählung; sie wurden erzielt durch die tschechischen Zählkommissionäre, durch die „Schlaflospagnien“, die man unter Mithilfe der tschechischen Volksräte in deutschen Städten in Gasthöfen, ja auch — wie in Mährisch-Kottawer — in Pfarrämtern unterbrachte, durch Vertreibung tschechischer Soldaten in deutsche Städte (siehe Trautmann) und andere unlaute Mittel, die einer „nach allen Seiten hin einwandfreien und korrekten“ Volkszählung (eine solche verspricht der Prager Innenminister Dr. Slavík) einfach Hohn sprechen.

Aus tschechischen Blättern sind folgende Einzelergebnisse bisher bekannt: In Budweis ist der Hundertsatz der Deutschen auf 16,5 gesunken. Preßburg hat nun 123.000 Einwohner gegenüber 87.621 bei der letzten Volkszählung. Die Zahl der Tschechoslowaken beträgt 62.000 (1921: nur 37.038), der Zuwachs also 25.000 Personen, gleich 67,5 v. H. Die Slowaken in Preßburg halten die Mehrheit. Während sie 1921 nur 42,3 v. H. der Bevölkerung ausmachten, beträgt ihr Anteil nunmehr 50,4 v. H.

Die Deutschen Preßburgs sind von 25.837 im Jahre 1921 auf 35.000 im Jahre 1930 gesunken. Trotzdem weist der Hundertsatz der Deutschen in Anbetracht des schnellen Wachstums der Stadt einen kleinen Rückgang auf. Bei der letzten Volkszählung waren 29,5 v. H. der Preßburger Bevölkerung Deutsche, heute sind es nur noch 28,5 v. H. Die magyarische Bevölkerung beträgt nur noch 19.500 Personen. 1921 gab es noch 20.731 Ungarn in Preßburg. Während also alle anderen Nationen tiefer sprachlich stark gemindert sind, einen bedeutsamen Zuwachs aufzuweisen haben, ist die ungarische Bevölkerung um 5,7 v. H. zurückgegangen und beträgt nur noch 15,8 gegenüber 23,7 v. H. bei der letzten Zählung, erreicht also nicht mehr die für das Sprachrecht entscheidende Grenze von 20 v. H.

Im Olmücker Gerichtsbezirk ist der Anteil der deutschen Bevölkerung unter 20 v. H. geblieben, und zwar ist er in Olmütz-Land von 16 auf 14 v. H. — die Taufendteile sind noch nicht bekannt — zurückgegangen, in Olmütz-Stadt von 28,23 auf 24 v. H. Dadurch ergibt sich auch für den Gerichtsbezirk Olmütz ein Durchschnitt von unter 20 v. H. Absolut ist die Zahl der Deutschen nicht gesunken.

Wie ein von amtlicher Seite stets gutunterrichtetes Olmücker tschechisches Blatt mitteilt, soll auch im Gerichtsbezirk Mährisch-Ostau die 20prozentige Grenze der Deutschen nicht erreicht worden sein, was sich aber nicht bewahrheiten dürfte. Bei der Volkszählung vom Jahre 1921

betrug der Hundertsatz der Deutschen tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit im Gerichtsbezirk Olmütz 21,53, im Gerichtsbezirk Mährisch-Ostau 20,24.

Ein starkes Anwachsen des tschechischen Elements in Nordmähren melden die „Lid. Nov.“: Es wurden in Mährisch-Schönberg, wo im Jahre 1921 1991 Tschechen gezählt wurden, jetzt 3400 (?) festgestellt. In Hohenstadt 4215, früher 3635; in Sternberg 1500, früher 1113; in Mährisch-Aussch 483, früher 187; in Schönbörsberg 493, früher 431; in Mählig 668, früher 624; in Mährisch-Rastadt 700, früher 637; in Deutsch-Brodcl 179, früher 59. (Hier bewirkt das Wachstum der Tschechen die Errichtung eines Kinderheims, das die tschechischen Kinderheiterstüler aus der ganzen Umgebung beherbergt. Ann. b. Schriftlig.) In der Gemeinde Hohen bei Mährisch-Rastadt wurden 133 Tschechen und 120 Deutsche gezählt. (Hier haben neben der Bodenreform und dem damit getriebenen Schacher auch Schlafgäste und andere Umstände mitgewirkt. Ann. b. Schriftlig.) Die Schlaflospagnien haben also reichlich ihre Arbeit getan: besonders erfolgreich haben sie in Hohenstadt, dessen Gemischtsprachigkeit den Jednota-Scharfmachern längst ein Dorn im Auge ist, in Schönbörsberg, Mählig und Mährisch-Aussch „gearbeitet“.

Den mahren Charakter der ganzen tschechischen Volkszählung zeigt der Fall Brunn auf: Das „Moravské Slovo“, ein nationalsozialistisches Blatt, das dem Brünner Bürgermeister nachsteht, weiß zu berichten, daß sich der Umsturz in Brunn nach langen zwölf Jahren endlich in allen seinen Folgerungen erfüllt und das ebenso lange angewendete System endlich die ersehnten Früchte getragen habe: die Volkszählung habe ergeben, daß der „Mafel“ der Gemischtsprachigkeit, der bisher auf der zweiten Hauptstadt der Republik haften, endlich ausgerottet sei. Brünns deutsche Minorität sei unter 20 v. H. gedrückt worden und die mährisch-slowakische Metropole dürfe sich nunmehr neben dem Mutter Mitternachten Prag als „rein tschechische“ Stadt sehen lassen. — In Monaten vielleicht erst wird das nach dem Geleis einzig berufene Statistisches Staatsamt das Ergebnis amtlich ausweisen, aber die Kreise, denen so viel an der Erreichung dieses Zieles gelegen war, sind schon jetzt in der Lage, sich und ihren Leuten diese Freude zu bereiten. Ob diese Mitteilung richtig ist, kann noch nicht festgestellt werden; „Standards ist nur die Tatsache“, wie der „Sozialdemokrat“ vom 23. Februar schreibt, „daß nun soundsovieltmal Volkszählungsergebnisse publiziert werden, ohne daß noch statistischen Staatsamt die Resultate schon freigegeben wären“; dieses erklärte vielmehr mit allem Nachdruck, daß die Zählung für Brunn noch nicht abgeschlossen und daß noch keine Mitteilung an die Öffentlichkeit ergangen sei. Es muß also eine private Zählung nebenher gegangen, also ein ungeordneter Vorgang erfolgt sein! Die verdächtige Gile dieser privaten Zählung im Brünner Rathaus läßt eine unparteiische Ueberprüfung der Zählurkunden an Ort und Stelle als unbedingt notwendig erscheinen, nicht eine bloße Ueberprüfung der Arbeit des Statistischen Zentralamtes, die mit großer Geste von tschechischer Seite in Aussicht gestellt wird, denn niemand hat die Zählmaschinen des Staatsamtes einer Falschung verdächtigt; berechtigte Beschwerden wurden vielmehr über die Art der Erhebungen erhoben. Nichts bemerkt das Hauptblatt der sudeten-deutschen Sozialdemokraten: „Wenn das privat mitgeteilte Zählungsergebnis in Brunn dem amtlichen entspricht, so wäre ja in Brunn selbst die ganze Unseriosität der Volkszählung erwiesen. Denn in Brunn haben die Deutschen bei Gemeinde- und Parlamentswahlen weit mehr als 20 v. H. der Stimmen erzielt. Nun kann das Wahlergebnis eine Korrektur durch den verschiedenen Anteil der Nationen

an den jüngeren Jahrgängen erfahren, aber es wird sich an der Altersstatistik wiederum feststellen lassen, ob diese Korrektur tatsächlich insbände wäre, die Zahl der Deutschen in Brann unter 20 v. h. herabzubringen. Die tschechischen Rationalisten hätten allen Grund, sich mit ihren Erfolgen nicht so laut zu rühmen! Sie könnten leicht zu groß ausgefallen sein und die Praktiken verraten, mit denen die Webern der Instruktionen des Innenministeriums durchkreuzt haben!"

Die Sudeten-Deutschen können die Ergebnisse dieser zweiten tschechischen Volkszählung niemals anerkennen, sie sind genau so falsch wie die Zahlen der ersten, deren Unwahrscheinlichkeit durch die Wahlergebnisse für viele Bezirke deutlich genug erwiesen wurde. Die ganze Volkszählung ist, wie ein maßgebendes englisches Blatt schrieb, ein Humbug, dazu bestimmt, die Welt über die tatsächlichen Verhältnisse im „tschechoslowakischen“ Staat wieder einmal zu täuschen und im Staate die sprachlichen Rechte der „Minderheiten“ noch mehr zu kürzen.

W. W.

Streikflüster.

Der der Tschechoslowakei vertraglich auferlegte Schutz der Minderheiten ist der tschechischen Politik seit jeher ein Dorn im Auge. Nichtsdestoweniger spielt sich aber die tschechische Politik gerne als die Schutzherrin von Minderheiten auf, die auf deutschem Gebiete wohnen. Ihre Schöpfungsbilder sind vor allem die tschechischen Minderheiten im deutschen Sprachgebiete des eigenen Staates, und im Deutschen Reiche haben es ihr insbesondere die Lausitzer Wendan angetan, deren Einverleibung in die Tschechoslowakei sie bei der Friedenskonferenz mit allen Mitteln zu erreichen trachtete. In der tschechischen Presse nationaldemokratischer und agrarischer Richtung spielen denn auch die Wendan eine ihrer Bedeutung weit übersteigende Rolle, und es vergeht kaum ein Tag, ohne daß das eine oder das andere Blatt irgendwelche Nachrichten von der angeblichen Unterdrückung dieses slowakischen Volksstammes veröffentlicht würde.

Bezeichnend für die Aufrichtigkeit dieser minderheitenfreundlichen Gefühle ist die Tatsache, daß das tschechische Herz für die Minderheiten in dem Augenblick besonders selbst zu schlagen beginnt, wo sich der Völkerbund ansieht, über eine Beschwerde gegen die Behandlung deutscher Minderheiten in anderen Ländern zu beraten. So begann unmittelbar vor der Jännertagung des Völkerbundes in der tschechischen Presse ein Heißzug gegen das Deutsche Reich, wobei vollständig aus der Luft gegriffene Behauptungen und Uebertreibungen aller Art als Beweismittel dienen sollen, daß Deutschland, das für den Schutz der deutschen Minderheiten in anderen Ländern eintrete, die Lausitzer Wendan auf die schneidigste Art unterdrücke. So behauptet zum Beispiel der „Benkov“, das Blatt des Ministerpräsidenten, die Wendan würden planmäßig ausgerottet, man errichte für sie keine Schulen und die verantwortlichen deutschen Staatsmänner kümmerten sich um die Forderungen der Wendan überhaupt nicht.

Und „Tesse Sloba“, das Blatt der Partei des Außenministers Dr. Benesch, das bemerkt sinierenweise über die Verhältnisse in Deutschland schon wiederholt mortgetretene übereinstimmende Zeitausschnitte mit der Belgrader „Politika“ gebracht hat, schreibt in einem groß aufgemachten Aufsatz: „Deutschland ist sich auf internationalen Gebieten als Beschützer der nationalen Minoritäten in allen Staaten auf. Diese, sich von Deutschland an geeigneter Stelle sieht aber eher als der Versuch zur unberechtigten Einmischung in die internen Angelegenheiten anderer Staaten aus, besonders wenn man die tönenden Bungen der deutschen Innenpolitik vergleicht mit der entgegengesetzten Praxis der deutschen Innenpolitik überhaupt.“ „Größe Rumänien“ führen Befürworter darüber, daß die Lausitzer Serben in Deutschland keine eigenen Schulen haben. Die

Kinder müssen deutsche Schulen besuchen, und auf die ermordeten Serben wird ein Trud ausgeübt, mit ihnen noch nicht schulpflichtigen Kindern zu Gange nur deutlich zu sprechen. Auf diese Weise wurde in Preußen schon fast die ganze serbische W:horität assimiliert. Das nennen die Deutschen: die natürliche Einwirkung der höheren Kultur. In Wirklichkeit ist es aber nichts anderes, als die Unterbreitung der blutigen Weibchen unter dem Ararat in den Gargen der „sich zu einer höheren Mission berufen bündenden deutschen Kultur“. Das Vorgehen ist nicht humaner, nur pharisäischer. „Ob wir schmeien oder uns beslagen“, schreibt das serbische Blatt, „daß wir mit zumungensfähigen Röhren und geballten Fäusten das uns angeante Unrecht ertragen — die rohe Entschärfung muß ist im ganzen tschechischen Lande, besonders in der preußischen Lausitz. Täglich vernehmen wir das Sillegeschei unter Gräbern in Preußen. Dürfen wir da noch schweigen? Wir werden nicht länger schweigen!“

Am 27. Dezember 1930 vollendete Dr. Karl Kramarich, der Führer der nationaldemokratischen Partei und der erste Ministerpräsident des Tschechoslateins, sein 70. Lebensjahr, und war aus diesem Anlaß Gegenstand vielfacher Ehrungen. Bei einem ihm zu Ehren veranstalteten Festabend hielt er eine große Rede, gleichsam eine Verteidigung seiner Politik.

Sein Hauptanliegen warbete er wie gewöhnlich auf Ausland. Selbst wenn die Beziehungen zu Frankreich die intimsten seien und das Slawentum ohne Frankreich als Verbündeten undenkbar sei, könne man sich die Tschechoslowakei ohne Ausland nicht vorstellen. Die beste Sicherheit für die Tschechoslowakei, die Fortsetzung der nationalen Politik ohne Rücksicht auf den mächtigen Nachbarn, liegt in der großen russischen Politik, auf die man sich verlassen könne. Deutschland wackele und erstarbe wieder, und deshalb müsse die tschechoslowakische Innenpolitik mit einer bestimmten Vorsicht geführt werden. Niemals und um keinen Preis werden wir ausgeben, daß der nationale und tschechische Charakter des Staates geändert werde; wir werden aber auch nicht zugeben, daß die Minderheiten bei uns irgendwelche Bedrückung erleben, weil es eine alte, gute Tradition des tschechischen Programms ist, allen Berechtigten Recht werden zu lassen. Das bedeutet allerdings nicht, daß die Gerechtigkeit irgendeine Schwere bedeute, sondern nur, daß sie im tschechischen Nationalstaate zum Ausdruck kommt. Zum Schluß sprach Kramarich die Hoffnung aus, daß Ausland bald wieder national erwache; dann werde er um die Zukunft, die Freiheit und die Selbstständigkeit der Tschechoslowakei nicht mehr kämpfen. Der nächste Tag er in das belagerte Moskau gehen, um dort den Boden für ein großes, vereinigtes Slawentum vorzubereiten.

Im weiteren Verlauf seiner Rede beschäftigte sich Doktor Kramarich mit dem Staatsbeamtenum im alten Österreich und bezeichnete den gut vorbereiteten und verlässlichen tschechischen Beamtenapparat als die Voraussetzung der Errichtung eines tschechischen Staates.

Hätte man diesen Apparat nicht geschaffen gehabt, so hätte man, sagt er mit Recht, die Freiheit überhaupt nicht mit gutem Gewissen wünschen können. Er erzählt in diesem Zusammenhang, wie er eines Tages unter der Zustimmung seines politischen Freundes Dr. Regel feststellte: „Hätten wir 1867 oder 1870 unseren Staat erhalten, so hätte dieser Staat nur nach außen hin geblüht; im Inneren wäre es ein deutscher Staat gewesen, und er eine deutsche Verwaltung hätte haben müssen.“ Es habe daher das Bestehen der Tschechen sein müssen, in die österreichische Behörden Vorgesetzten zu bringen, und in dieser Richtung hätten sich auch die Bestrebungen bewegt, das Tschechische als innere Amtssprache in Böhmen und Mähren durchzusetzen. Und Kramarich sieht es zum großen Teil als sein Verdienst an, daß dieses Vorgehen trotz aller Widerstände auf tschechischer Seite zu einem mächtigen Erfolg geführt hat.

Auch diese Ausführungen des Führers der nationaldemokratischen Partei sind außerordentlich belehrend, sie gerühren ein für allemal die Legende von der Unterdrückung der tschechischen Beamten in Österreich in den Vorlesungen und Kriegsjahren und stellen die Verhältnisse in das richtige Licht.

Gleich den Tschechen lehnen auch die Südslawen schroff jeden Versuch an, eine Revision der Friedensverträge ab. Nach Meinung der Belgrader „Politika“ gründen sie am 4. Jänner in Belgrad einen „Jugoslawischen Nationalausschuß für die Wahrung der Friedensverträge und Bekämpfung der revisionistischen Propaganda“, und zwar auf französische

Anregung; in einer hiebei gefaßten Entscheidung heißt es unter anderem:

„Belgien, Frankreich, Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei und Jugoslawien haben das gleiche vitale Interesse daran, daß der gegenwärtige Status quo in Europa erhalten bleibe und die Regierungen der erwähnten Staaten haben sich auch stets für und bezeugt für die Unantastbarkeit der Friedensverträge ausgesprochen.“ In der Resolution werden Wünsche dem französischen und rumänischen Volke entboten, die gleiche Ausschüsse für die Wahrung der Friedensverträge bereits gegründet haben.

Genauso so wie die Tschechen sind auch die Südslaven von der geradezu übernatürlichen Sendung der Slawen innerlich erfüllt. So besaß sich unter der Aufschrift „Der einzige Weg“, die „Razbna Odrana“ mit der dergestaltigen Wirtschaftskrise und schreibt unter anderem:

„... Die jetzige Krise mit ihren verschiedenen sozialen Störungen werden nur jene Völker überwinden können, die es verstehen, sich innerlich zu disziplinieren. Diese Disziplin ist aber unmöglich ohne Selbstbeherrschung jedes Einzelnen. Völker, deren Mitglieder von unermäßigem Materialismus durchdrungen sind und die ihr Glück nur in der Bereicherung und in irdischen Genüssen suchen, werden die gegenwärtige Krise nicht überleben.“

Die besten Köpfe des Weltens erheben ihre Stimme gegen die innerliche Verarmung des zeitgenössischen Menschen. Sie prägen den Namen für diese Krankheit: Kulturbourgeoisismus. Wer ist es, der die Stimme dieser Rufer in der Welt hören wird? Gewiß wird sie gehört werden. Und von der Anzahl der Angehörigen eines Volkes, an deren Herz diese Stimme rühren wird, wird auch der Maß dieses Volkes in der Welt abhängen. Jenes Volk wird alle anderen Völker der Welt anführen, das an das Leben der Mission hat an das Leben des Genusses glauben, das den Geist dem Kammern vorzieht. Dieses Volk wird alle Kräfte überwinden, es wird die Führung sich nehmen. Und wenn es nicht führen können wird, und welches ist dieses auserwählte Volk? Dieses auserwählte Volk Gottes kann nur unter den Slawen sein, die im allgemeinen Fortschritt der Welt noch nicht ihr Wort gesprochen haben. Auf keinen Fall darf gebildet werden, daß das Germanentum auch diesmal die Slawen überholt, denn das wäre ein neues mögliches Schicksal, daß der slawische Idealismus endlich zu seinem Ausdruck komme.“

In einem zweiten Artikel der „R. O.“, der vom „slawischen Geist und der Notwendigkeit der slawischen Orientierung in der Welt“, handelt, heißt es am Schluß: „... Die Slawen, die die Sorge für die ganze Welt und ihre Zukunft auf sich nehmen, und zwar nicht wie die Engländer wegen des Reichs, sondern wegen ihrer Welt, müssen ihren eigenen Glück fremder Völker und gegen jede Beeinträchtigung mit ihnen, so gut als möglich schützen, denn nur dann werden sie die Sorge für alle anderen tragen und sie vor dem Untergang retten können.“

Die zweite tschechische Volkszählung wurde auch in ungarrischen Abgeordnetenhaus erörtert.

In der Sitzung am 14. Jänner brachte Abg. Patócs die Mißbräuche zur Sprache, die anlässlich der Volkszählung in der Tschechoslowakei zum Schaden der Winderheiten vorgekommen sind. Bereits bei der Volkszählung im Jahre 1921 sei man in gewalttätiger Weise gegen die winderheiten eine Ungeheuerlichkeit und völlig falsche Statistik zu schaffen. Die winderheiten hätten sich in der Tschechoslowakei in einer Eingabe an den Völkerbund gewendet. Die Tschechoslowakei muß eben durch Verlässlichkeit der Statistik tun, daß dieses monströse Gebilde, das unter dem Namen „Tschechoslowakischer Staat“ hat dem Wohlwollen der Großmächte zustande gekommen ist, seine Fiktion, sondern ein natürliches Gebilde sei.

Anschließend daran ergriff der Erbkämmerer Graf Bethlen das Wort. Er erklärte, da sich die ungarische Winderheit in der Tschechoslowakei mit ihrer Bekämpfung in Sache der Volkszählung bereits an den Völkerbund gewendet habe, wolle er nur die Frage beantworten, ob die in dieser Bekämpfung angeführten Tatsachen eine Verletzung der Winderheitsrechte bedeuten oder nicht.

Die Winderheitenverträge, so führte er weiter aus, garantieren den Winderheiten gewisse Rechte, so unter anderem das Recht, daß niemand sich zu irgendeiner Winderheit gehörend bekennen dürfte. Auch das genaue Festlegung der statistischen Zahl der Winderheiten gehörte zu den wichtigsten Winderheitenrechten. Es sei daher nicht gleichgültig, wie diese Zahl festgelegt wird. Die Nachbarstaaten haben sich vorbehalten, die Zahl der Winderheiten nicht auf Grund der von den einzelnen gemachten Angaben, sondern nach von diesen Staaten aufgestellten und von ihnen für objektiv gehaltenen, nach Ansicht des Redners aber sehr subjektiven Methoden festzustellen.

Siezu gehörte unter anderem auch die Namensanalyse, auf Grund welcher Personen, deren Namen deutlich oder fälschlich diesen Nationen zugehört wurden, obwohl sie sich seit Urzeiten zur ungarischen Nation bekannten.

Ein solches Verfahren bedeutet die größte Gefahr für die Winderheiten. Denn danach hänge es von der Willkür des einzelnen Staates ab, einen jeden einzelnen in eine Nationalität einzureihen, so das er nicht zu gehören wünscht. Außerdem mache ein solches Verfahren den Schutz der Winderheitsrechte sowohl für den einzelnen wie auch für die Gesamtheit illusorisch. Es handelt sich hier um eine große prinzipielle Frage, und wenn auch die ungarische Regierung im gegebenen Falle sich nicht mit einer Vertilgung an den Völkerbund gewendet habe, so wolle sie doch mit größter Energie darüber nachdenken, daß der Völkerbund in dieser prinzipiellen Frage auf dem Standpunkt bleibe, der einzig geeignet ist, die Rechte der Winderheiten zu sichern.

Völkern über Sudetendeutschland.

Von Dr. Paul Rottler, Berlin.

Raum drei Monate sind vergangen, seitdem Dr. Beneš, wie einst der Herr am siebenten Schöpfungstage, voll Wohlgefallen sein Werk beschau und festgestellt, daß es gut sei. Ober, um die Ausführungen des tschechischen Außenministers in der Prager Kammer zu wiederholen: wärdige Ruhe und feste Nerven hätten es dahin gebracht, daß der Tschechienstaat eine Insel der Ruhe, der Sicherheit und des relativen Wohlstandes geworden sei. Es soll hier nicht unterstellt werden, inwiefern diese Ruhe auf den dem Sudetendeutschum innenwohnenden Gang zu Friede und Ordnung, wenn auch unter nationalen Opfern, zurückzuführen ist, gleichwie nicht erörtert werden soll, ob Dr. Beneš acht Tage nach den Prager Kravallen, die deutsches Leben und Eigentum bedrohten, berechtigt war, sein Land als Insel der Sicherheit zu preisen. Wer auch mit dem Wortschall hat es kein Wenn und Aber. Die Not der Zeit hat auch im Ausland, so dem tschechischen nationalen Problem nach den härtesten Widertritt der einzelnen Wirtschaftskrubben hinweggesetzt, die nur den eigenen Vorteil im Auge haben und sich den Teufel darum schein, daß diese Sonderinteressen für das Ganze von enormem Schaden sein können. Nur so konnte es kommen, daß die gegenwärtige grüne Koalition des Prager Parlaments in jüngerer Zeit agrarpolitische Gesetze geschaffen hat, die sich die Tschechi in ihrer Stellung als Exportstaat einfach nicht leisten kann.

Zugegeben, daß es der Landwirtschaft auch dort, wie überall auf der Welt, nicht gut geht, so hat doch die Prager Regierung gar bald erfahren müssen, daß die Lösung einer nationalen Agrarfrage nicht einfach auf dem bequemsten Wege von Prohibitionsmaßnahmen gegen ausländische Produkte gefunden werden kann, wenn man gleichzeitig darauf angewiesen ist, in eben dieses Ausland zu exportieren. Statt dessen aber hat die Regierung unter dem Druck des agrarischen Einflusses den Handelsvertrag mit Ungarn gekündigt, um für ihre Agrarvorlagen im Herbst ihre Hand zu bekommen. Und dann folgten zwei Fragen eine nach der anderen. Wie sieht es mit dem tschechischen Wirtschaft gegen Ungarn aus? Hatte die ungarische Regierung schon die vorliegenden agrarischen Forderungen für die Agrarpolitiken in Kauf genommen, so erklärte sie die neuen Schutzmaßnahmen für unannehmbar und versicherte, als die naturgemäß keine Handelsverträge, lieber auf den Abschluß eines neuen Handelsvertrages. Seit mehr als einem Monat herrscht nun ein vertragsloser Zustand, der allmählich die Form eines Zollkrieges annimmt. Dr. Beneš ist in eine nicht beneidenswerte Lage gedrängt, Vorläufig verharren beide Parteien im Schmollwinkel, doch Bethlen kann sich das Schmollen eher leisten. Er scheint einigermaßen befriedigt von Berlin nach Hause gekommen zu sein und hat auch einen Besuch in Wien vor, der dem Abschluß eines Freundschaftsvertrages gilt, während er gleichzeitig auch mit dem befreundeten Italien wegen eines Warenaustrauschabkommens verhandelt, das der italienischen Einfuhr große Zugeständnisse sichern, wenn Italien die ungarischen Getreideüberschüsse aufnimmt.

Währenddem aber tracht das tschechoslowakische Wirtschaftsgedäude in allen Fugen. Die Sünden von 1918 begannen sich zu rächen. Hatte der tschechische Südkrieg, der Ausbruch gegen Österreich-Ungarn mitle, wenn es nicht behände, geschaffen werden, so glauben schon die Enkel dieses Mannes, sich über die weite Ansicht des Alten hinwegsetzen zu

konnen und waren die ersten, die die Art erhoben, um den alten Staat in Süde zu schlagen. Die neue Tschechei raffte zu zwei Dritteln das industrielle Erbe des früheren Reiches zusammen, machte sich sodann im eigenen Hause und bei den Nachbarn belien unbeliebt und kann nun nach der Bestimmung von 1918 das Vatergefühl nicht mehr los werden.

Einst blühende Industriezweige, die im früheren Wirtschaftsgebiet, von dem ein Teil den anderen in idaller Form ergänzte, reichen Absatz fanden, stießen dahin. Doch was schobete es, die Unternehmungen, die dem Versall genoeht waren, lagen ja in Sudendeutschland, während die national-tschechische Industrie damals noch durch Staatsaufträge ausreichend beschäftigt wurde und auf Absatz nicht angewiesen war. Jetzt ist auch das vorbei, verdrängt die schöne Zeit, da Handelsminister Novak der deutschen Textilindustrie den wohlkommenen Rat erteilte, die Betriebe einfach unzuhalten, wenn es nicht weiter ging. Sie hat sie nicht umstellen können, aber kuppeln müssen, eis es nicht mehr ging, und die wenigen Rüder, die sich noch drehen, sind nun zum völligen Stillstand verurteilt, da der wichtigste ungarische Markt fehlt.

Die Spinnerei-Industrie oder vielmehr die Wollen, in deren Schuldnische sich die sich befindet, tragen sich ernsthaft mit dem Gedanken, die Zahl der Spinneln um 260.000 zu reduzieren, die einst blühende böhmische Glasindustrie ist gleich den Porzellanfabriken im Altherben. Was übrig bleibt, sind dem eigenen Staatsbedarf angepaßte Betriebe im Innern Böhmens und Mährens und das der Veredelung und dem Untergang geweihte deutsche Land der Randgebiete. Bei 3½ Millionen sudendeutscher Bevölkerung zählt der Staat gegenwärtig 400.000 Arbeitslose, die zu 95 Prozent auf das deutsche Sprachgebiet entfallen. Die Folge davon ist der drohende Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und der deutschen Gemeinden. Wer Dr. Benesch nicht glaubt, daß Böhmern die Insel des relativen Wohlstandes sei, der gehe nach Wien oder Praha ins Ertragsgebiet oder nach Jmrad und Meidenburg im Reichens Jergau, ins deutschböhmische Meengebirge, ins Oberland, in den Alpitategau und nach Nordmähren, dort kann er sich davon überzeugen, wie Wohlstand nach der Ansicht des tschechischen Außenministers aussieht.

Das „Berliner Tageblatt“ im Dienste der tschechischen Auslandspropaganda.

Das „Berliner Tageblatt“ hat sich dazu hergegeben, sich in den Ring der tschechischen Auslandspropaganda einzumischen zu lassen: seiner Nummer vom 19. Dezember lag eine vierteilige, groß aufgemachte Beilage „Die Tschechoslowakei“ bei, die den Stempel amtlicher tschechischer Mache nur zu deutlich trägt, und die durch schiefe, einseitige und tendenziöse Darstellung der Verhältnisse in der Tschechoslowakei nur leider zu sehr geeignet ist, die wahrheitsgetreue, sich nur auf Tatsachen stützende Aufklärungsarbeit wols- und heimatreuer sudendeutscher Kreise im Reiche aus gefährlicher zu laborieren. An dieser bedauerlichen Tatsache ändert sich auch nichts, wenn wir in der Beilage Artikel politisch einwandfreier Sudendeutscher finden; hätten diese von vornherein genutzt, wie die Beilage aufgerufen ist — nämlich in rein tschechischem Sinne —, sie hätten es als wolkreue Sudendeutsche ablehnen müssen, in einem vollständig tendenziösen, die geschichtlichen und politischen Wahrheiten bewußt verfälschenden und vernünftigen Bauwerk zu schreiben!

Und nun einige Einzelheiten! Im Hauptteil des „Berliner Tageblatt“ wird in einem Hinweis auf die Beilage behauptet, „daß die Tschechoslowakei ein von modernem Geist erfülltes Staatswesen ist. In die Schritte des „Berliner Tageblatt“ wirklich lo schigt über die wahren Verhältnisse in der Tschechei unterrichtet? Oder mußte aus geschäftlichen Gründen die Wahrheit umgeben werden! Weiß man in der Journalismusfrage nicht, daß die gerade vom „Berliner Tageblatt“ lo in den Himmel gehobene Demokratie in der Tschechei seit zwölf Jahren täglich und stündlich vergeralligt, mit Füßen getreten wird? In den Derrn ganz unbekannt, daß — um nur einige traurige Kreuzwegstationen des sudendeutschen Leidensweges zu nennen — im „demokratischen“ tschechischen Staat fast 4000 deutsche Schulklaffen gelteert, über 30.000 pflichtgetreue deutsche Staatsbeamte und Staatsangestellte aufs Pflaster geworfen, fast eine Million deutschen Grund und Bodens durch amtlichen Vobentraub aus

Landsleute

aus Südmähren Achtung!

Von
Prof. Dr. Karl Bacher
ist das Buch

„Mutter“

zwei Erzählungen aus Südmähren
in baysch-österreichischer Mundart,
erschienen und zum Preise von
S 7.— (inkl. R. 85.—, RM 4.50.—),
ausgibt Porto, durch alle Buchhandlungen
oder direkt vom Verlag
Gulenberghaus
(Prätor Karafel) Amtefeld
(Steiermark) zu beziehen.

Jeder Landsmann

vermerde sich für diese herorragende
mundartliche Dichtung!

deutschen in tschechische Hände „übergeführt“ wurden? Weiß man nicht, daß entgegen der von einer tschechischen Winderheit in den Revolutionstagen der tschechischen Mehrheit des Staates aufgestellten Verfassung die deutsche Sprache im Tschechenlande im öffentlichen Leben hintangestellt, verdrängt und mißachtet wird, daß zum Beispiel in der Hauptstadt Prag keine öffentliche deutsche Aufschrift geblutet wird, obwohl in Prag 400.000 deutsche Staatsbürger leben, daß die Selbstverwaltung der deutschen Städte und Gemeinden durch die berückichtigte Verwaltungsreform praktisch verdrängt wurde und daß der betreffende tschechische Bezirkshaupmann einem Rakha gleich in den deutschen Städten und Bezirken in rein tschechischem Sinne handelt und waltet, zum Lohn auf eine wahre Demokratie? Weiß man beim „Berliner Tageblatt“ nicht, daß der tschechische Staat als bündnerischer Verbündeter des militaristischen Frankreich seinerseits einen Militarismus hochgeschätzt hat, der fast ein Drittel der Staatsausgaben verschlingt und der nach dem verlorenen Zeugnis des tschechischen Abgeordneten Spatels gegen Deutschland gerichtet ist? Weiß man im „Berliner Tageblatt“ nicht, daß Benesch es war, der sich bei den Friedenskonferenzen für Abwertung auch des Glatzer Randens und der Oberlausitz ausgesprochen hat, daß er es war, der die für Deutschland lo ungünstige und ungerade Entscheidung des Vorkathrates über Oberloislen maßgebend beeinflusst hat, derelbe Herr Benesch, der auch bei den sonstigen schablonen Angewandten, lo zum Beispiel antisch der Minderheitsangelegenheiten in Deutschösterreich, von seiner einseitig tschechischen Einstellung kein hehl gemacht hat, derelbe Herr Benesch, der man in der Sonderbeilage des „Berliner Tageblatt“ billige, honigsche Worte über die freundschaftlichen Beziehungen macht?

Von beiden Dingen hehe kein Wort in der „tschechischen“ Beilage des „Berliner Tageblatt“! Aber nicht nur die politischen Tatsachen sind ins Gegenteil umgewandelt, auch wirtschaftlich entzückt die Beilage ein falsches und besonders reichsdeutsche Kreise verwirrendes Bild von den Verhältnissen! Vier einseitig tschechische wirtschaftliche Institutionen, wie zum Beispiel Sobawerke, die tschechische Kriegsrüstungsfabrikate, oder zum Beispiel die tschechischen Kreditgenossenschaften, die tschechischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, sind eingehend gerühmt! Die Beilage enthält

Gau Rön. Rön. Die am 10. Jänner stattgefundene, gut besuchte Monatsversammlung fand unter der Leitung: Trinkt kein süßeres Bier, tragt keine eisernen Schuhe. Am 7. Februar Hauptversammlung. Neuwahl des Vorstandes. Gute Unterhaltung vorgesehen in der Zeit bis am Heilabend im Jänner. Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Grenzlandverbände, der unferne Ortsgruppe angeliefert, ist, beschäftigt, eine große Tagung als „Tag des deutschen Ostens“ im März im März abzuhalten. — **Bonn.** In der Jännerversammlung sieben Beiräte. Vereinslokal Restaurant Söhnchen, Bonn, Witsalgasse-Dreieck. Für die nächste Zeit ist ein Vortragabend vorgesehen, zu dem sämtliche landwirtschaftlichen Vereine eingeladen werden. — **Darmstadt.** Darmstadt. Am 14. Dezember fand eine Weihnachtsfeier statt, deren Verlauf die zahlreichen Anwesenden sehr befriedigte. Jeden dritten Samstag im Monat Versammlung bei Richter, Solingen, Hofstraße 27.

Von sämtlichen Ortsgruppen sind die Mitgliedsarten ebenfalls an die Preisstellung zwecks Erneuerung der Karten einzuweisen.

Vermählungsangelegenheiten. Solingen. Jeden dritten Sonntags im Monat Restaurant Richter, Hofstraße. — **M. Gladbach.** Jeden ersten Sonntags im Monat Restaurant „Schweizerhaus“. — **Hemfeld.** Jeden zweiten Sonntags im Monat Restaurant Fabian, Freiheitstraße. — **Hochum.** Jeden zweiten Freitag im Monat Restaurant Trip Seiten, Stadthof. — **Winfert.** Jeden letzten Dienstag im Monat Restaurant „Goldenen Schenke“, Kälber. — **Wendebühl.** Jeden zweiten Sonntags im Monat Restaurant Triebach, Rosenplatz. — **Altheim.** Jeden zweiten Sonntags im Monat Restaurant Fermann, Sedanstraße. — **Wradel.** Hauptversammlung am 3. Jänner im Restaurant Seining.

Vermählungsgebiet Dresden.

Geschäftsstelle: Dresden-H. 1, Zingenhofstraße 49/11.

Reis Sachsen.

Geschäftsstelle: Bessau, Obersteigstraße 7/1, Dornau 204.

Dornau. Bei der Hauptversammlung am 31. Dezember wurde zum Obmann Landmann Franz Braunhäger, zum Kassier Landmann Karl Wurm und als Schriftführer Landmann Anton Steib gewählt. — **Mitterteich.** In der Hauptversammlung am 6. Jänner wurde Landmann Rudolf, der schon durch sechs Jahre die Geschäftsstelle leitet, einstimmig als Obmann wiedergewählt. Anschließend wurde der Obmann durch eine große Anzahl reichsdeutscher Kreise über das Substanzbedürfnis und forderte zu weiterer regelter Aufführung und Werberbeit auf; nach Schluß der Versammlung gefällige Unterhaltung. — **Wittenbach a. S.** Am 23. Dezember Weihnachtsfeier, am 11. Jänner Monatsversammlung, am Sonntag, 8. Februar, um 13 Uhr, Vermählungsfeier, um 14 Uhr, Mitgliedsversammlung, abends Wassenball, am 12. Februar Heilmatabend bei Landmann Ludwig Schacht, Wittenbach, Wittenbachstraße 42.

Zweigstelle Jüriell. Bei der gut besuchten Hauptversammlung am 11. Jänner erstattete Kassierer Rott einen ausführlichen Bericht über die Entstehung und Entwicklung der luedenbedeuten Heimbewegung, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Der bisherige Vorstand wurde mit geringer Ausnahme wiedergewählt.

Reis Sachsen.

Vermählungsstelle: Dresden-H. 1, Zingenhofstraße 49/11.

Gau Dresden. Zweigstelle Dresden hielt am 27. Dezember 1930 im „Reis-Kaiser-Post“ in Ostbau wie alle Jahre ihre Weihnachtsfeier ab, die unter Mitwirkung des „Substanzbedeuten Gängerchores Dresden“ sowie der Jugendgruppe mit dem Theaterstück „Erlie Nacht, heilige Nacht“ einen recht guten Verlauf nahm. Auch die Jahr kommen die Kinder mit Geschenken bedacht werden. — **Zweigstelle Wittenbach** hielt am 9. Jänner eine Werberversammlung für die Sterbefälle ab, in der der Geschäftsleiter, Landmann Grim, referierte. Die Versammlung war recht gut besucht; die Mitgliedszahl hat sich seit der letzten Zeit des Bestehens der Zweigstelle, dank der Opferbereitschaft der Leitung und der Mitglieder, bereits recht bedeutend erhöht.

Gau Leipzig. Zweigstelle Leipzig. Am 2. Dezember veranstaltete die Zweigstelle ihre Weihnachtsfeier, an der sich die Jugendgruppe unter Leitung der Landkassier Edmund Grinnert und Anton Hubst durch Aufführung einer wohlgeleiteten Theaterstücke beteiligten. Allen Mitwirkenden sei auch an dieser Stelle der wärmste Dank ausgesprochen. Die Kinder erhielten ein kleines Weihnachtsgeld, während die in befristeter Lage sich findenden erwerbslosen Landkassier mit einer hübschen für Weihnachtsfeier bedacht wurden. — Die Zweigstelle Leipzig hat im verflochtenen Weihnachtsjahr an 100 Geschäftsabenden 1248 Auskünfte erteilt, 203 Geluche angefertigt. Veranlaßt wurden: ein Wassenball, eine Sommerfeste, ein Wingenkauf, ein Sommerfest, ein Ausflug nach Forst, das übliche Weihnachtsgeld sowie eine Weihnachtsfeier. Die Zweigstelle trat in der Weihnachtszeit in die Reihen der unternehmigen, besuchte Theaterveranstaltungen und nahm

an der Kunstausstellung und an der Tagungsmesse der Zweigstelle Dresden des G. S. D. teil.

Gau Osthafen. Zweigstelle Jittau hielt im Dezember ihre Weihnachtsfeier ab. Nach einer herzlichen Begrüßung durch den 2. Vorsitzenden, Kassierer konnten den zahlreichen Besuchern eine ganze Reihe recht gelungener Darbietungen der Substanzbedeuten Jungfrau Jittau unter der bewährten Leitung ihrer Kassierin, Fräulein Anna Pfeife, geboten werden. Über 80 Kinder der Zweigstellennmitglieder konnten dank der reichlichen Spenden der Mitglieder und unserer Männer mit Weihnachtsgaben bedacht werden. Allen Spendern sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Besonders die gebildeten Mitglieder, Fräulein Pfeife und Landmann Giesler, die Gestaltung Hirschen für sich beiderlei, allen einen herzlich zu danken, die an der schönen Feier mitwirkten. — **S. W.** bedeutende Jungfrau Jittau. Am Sonntag, den 1. Februar Winterwanderung ins Gebirge. Abmarsch pünktlich 1 Uhr von der Hauptkassierin, Grottauerstraße, nach Eichenbach. Abmarsch von der alten Grottauerstraße — Steinerne Tisch, Eichenbach — Waldgraben. Eichenbach. Bei Schieferer Winterung fällt Wanderung aus. Die Leitung: Pfeife, Giesler. — **Zweigstelle Wittenbach** hielt am 11. Jänner ihre gutbesuchte Jahreshauptversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht war zu erhellen, daß der Mitgliedsverband auf der alten Höhe gehalten werden konnte und die Kassenverhältnisse als gesund anzupreisen sind. Besonders wertung kam der Behandlung Mitgliedsanfragen zu. Der Bericht wurde einstimmig angenommen, doch der Bericht der Jugendgruppe ungenügend unbedingt notwendig ist. — Der im Vorjahre gegründeten Jugendgruppe soll die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden, zu deren Stärkung und Betätigung fand am 18. Jänner eine Weihnachtsfeier statt. — Für den 28. Februar ist ein Fasnachtsabend geplant. — Der Wahlrat brachte die Wiederwahl des Obmanns voran, schloß sich den Vorsitzenden: Josef Schneider, Wittenbach, Eichenbach 6.

Gau Chemnitz hielt am 18. Jänner in Chemnitz seine Jahreshauptversammlung ab. Bis auf eine waren sämtliche Zweigstellen vertreten und der Besuch ein guter. Durch die wirtschafliche Lage hat manche Gruppe sehr hart zu kämpfen, doch hofft man, über die Krise hinwegzukommen. Nach dem Jahres- und Kassenbericht wurde dem Vorstand die Beschlüsse erteilt. Der Geschäftsstelle Dresden wurde über den Kassier der Betrag von 15 Mt. dem Kampffonds 5 Mt. überwiesen. Als nächster Tagungsort im April wurde Linbach bestimmt. Die Anschrift des Gauvorstandes ist: 1. Kassierer: Edmund Meier, Chemnitz, Wittenbachstraße 16a, Eichenbach; 2. Schriftführer: Fritz Sagan, Chemnitz, Eichenbach 35/1; Stellvertreter: Emilis, Eichenbach 3. (Eichenbach). Vorstand: Augustus (2. Kassierer), Eichenbach, Frankenberg (2. Schriftführer), Wittenbach, Wittenbach, Wittenbach und Wittenbach. — **Zweigstelle Chemnitz.** Kurz vor dem Weihnachtsfest hatte unser Landmann, Herr Oberbundesdirektor Worn, der Jungfrau-Gruppe, sowie den Kindern der anderen Mitglieder einen hübschen Weihnachtstag verbracht. „Hans Wundersamen Reite ins Himmelreich“ rief bei den Kleinen und auch Großen helle Begeisterung hervor, begleitet durch mündlichen Vortrag des Herrn Direktor; weitere Vorträge sind geplant. Herrn Worn unseren besten Dank, den freundschaftlichen aber guten wie zu: „Herbei mit den Kleinen in die Jungfrau!“ — Am 28. Februar Jahreshauptversammlung mit Neuwahl und Mitgliedsprüfung. Häheres siehe Rundschreiben. — **Wittenbach** Wittenbach; am 28. März Wittenbach von Landmann Wittenbach: „Stoffwechselprüfung“. Wir bitten um ausdrückliches Erscheinen.

Gau Oberbergische. Der Gau hielt am 18. Jänner in Annaberg seine Jahreshauptversammlung ab, die trotz des außerordentlichen Winterwetters recht gut besucht war. Nach einem ausführlichen Bericht des Kassierers, der die Substanzbedeuten Kassierer Grimm, Dresden, über eine ganze Reihe Mitgliedsanfragen und sonstiger Fragen, die sich im Laufe der Zeit ergeben hatten, und konnte völlige Klärung in der Auffassung erzielen. Die Wiederwahl brachte den bisherigen Gauvorstand ohne Konkurrenz, an seiner Spitze den seit Anfangs jahren Landmann Georg Schöninger, Annaberg.

Gau Erzgebirge. Zweigstelle Mitterteich hielt am 28. Dezember ihre Weihnachtsfeier ab, das mit einer Besprechung für die Mitgliedsbeiträge verbunden war. Trotz der hier besonders in Erdbebung treibenden Schwerk der Zeit war ein guter Besuch zu verzeichnen. Nach einem von der Schülerin Ilse Wittenbach vorgetragenen Vortrags „Christkindens Nacht“ wurde von den Kindern das Weihnachtsgeld „Weihnachtsbaum“ recht lebhaft vorgetragen. Auch Rupprecht schloß die Feier für die Kinder mit einer Ansprache und mit einer Besprechung, bei der 66 Kinder bedacht werden konnten, ab. Die erwachsenen Teilnehmer wurden durch ein flottes Zängchen noch lange belagungsgehalten.

Erbschaftsbericht. Mit dem Jahresbericht der Sterbefälle sind die Sterbefälle bis Nr. 375 (Herr Josef Stremmer, Annaberg) ausgemittelt. Im Monat Jänner sind bisher folgende Sterbefälle eingetrennt: Nr. 376. Frau Franziska Graf, Dresden (81 Jahre).

Scherz- und Faschingsartikel



Kollonorden, Papiermützen, Theater-
und Maskenschnitten, Masken, Bärte,
Perücken, Kampions, Feuerwerk
Spezialhaus
Ed. Wille, Wien, VI.
Linke Wienzeile 16 / Preisliste umsonst

Siför-Spezialitäten

„Altwater-Quelle“ „Altwater-Perle“
(füßer, feinsten Kräuterkörbe)

alle feinen Liköre, Likörfabrik

Fridolin Springer

Wien, 6. Bez., Gumpendorferstr. 120, Fernruf B-20-007

(Stammort: Vöhrden (Schlesien))

„Dresdner Anzeiger“

Gegründet 1730.

Große nationale Tageszeitung mit eigener Bilderbeilage
Lesernummern kostenlos durch den Verlag, Dresden A. 1, Breite Straße Nr. 9

Papier- und Schreibwaren

Rudolf Sterbenz

Wien, 1. Bez., Petersplatz 8.

Das Jahrbuch der Süddeutschen Monatshefte

Deutsche Kulturpolitik im Ausland

Dr. Hans Eberle: Geistige Grundlagen
kultureller Auslandsarbeit / Prof. Dr. Heinrich
Kamen: Amtliche deutsche Politik und Kultur-
politik / Dr. Sieb. Wehrhahn: Kultur- und
Wirtschaftspolitik in der Dekolonisations-
periode / Dr. Leonhard Fritsch: Die deutschen Auslands-
schulen / Direktor Friedrich Beck: Auslands-
studium im Ausland und in Deutschland /
Dr. Heinrich Michaelis: Deutsche Kunst im
Ausland / Prof. Dr. Karl Schaller: Das
Weltgeltung deutscher Bildender Kunst /
Dr. August von Löwis von Meier: Das deutsche
Buch im Ausland / Dr. Hans Steinböck:
Kulturpolitik als Grenzschlichtungs-
gabe

Preis des Heftes RM 1.75
zu beziehen durch jede Buchhandlung,
we keine am Plane, wenden Sie sich an
Süddeutsche Monatshefte
G. m. b. H., München,
Sendlingerstraße Nr. 80

Gedertendendeutschlands Märzgefallenen!

Gedenkbücher für die Opfer des Kampfes um Deutsche Freiheit und Einheit
Preis: S. 1.50 durch den Schriftenvertrieb des G. B. B.

F. Schiller, früher B. Ulrich

Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 131

Fernruf: G 1 Stephan 4086

Wild und Geflügel

Konserven Feinkost Weine

Obst und Süßfrüchte

Mitglieder des Verbandes erhalten 5 Prozent

Concordia

Allgemeine Versicherungs-Vereinsgesellschaft in Reichenberg.

Feuer-, Einbruchdiebstahl-, Glas-, Transport-,

Lebens-, Renten-, Unfall-, und Unfall-

versicherungen

Kapitalkapital 5,000,000 tisch. Kronen.

Deutsche Gesellschaft in der Tischehallenarbeit.

Modernste Bedingungen.

Kapitalanlage für Österreich, Wien, 1. Bez.,

Gumpendorferstr. 12, erteilt alle gemachten Vorschläge

bereitswillig und unerschrocken.

Die Kasse gewährt besondere Begünstigungen für Mit-

glieder des Süddeutschen Monatshefte

Spezialist für Berg-, Motorrad- und

Kaiser-Schuhe

Rudolf Mörb

Abolent des Meisterfusses im

Wintersemester

Wien, VI., Bindmühlstr. 28

Telephon 4-33-33

nähmt dem Vollerbringer

Reparaturen werden an-

genommen

Wird ruffende Juchten lagern



Vornehme Herrenkleider

Eleganter Schnitt, schlichte Arbeit
bei mäßigen Preisen

Emanuel Reing (Süddeutscher)

Wien, 8. Bezirk, Florianigasse 6, Fernruf B-42-9-27

Stampiglien

aller Art, Sogelner- und Schmalzmaschinen, Siegel-
maschinen, Füllgefäße, Stempelstempel und
-stempel von besten Vorbereitungen vom Erzeuger

Franz Juhl, Wien, 18. Bez., Währinger Gürtel 15
Hernsdorfer B-44-5-72

Wiederholer für Geld

Graveur, Präge- und Prägenarbeit

Präge- und Prägenarbeit

Rudolf Schanes

Süddeutsche Werkstätte

für alle Gravuren

Spezialist in Gravuren, Stiche, Sport- und

Kunstgravuren, Zierschriften, Auszeichnungen,

Stempel- und Stempelarbeiten, Stempel- und

Stempelarbeiten, Stempel- und Stempelarbeiten

Wien, 13. Bez., Linzerstraße 20

Fernruf: B-26-1-33

Umsatzer der Heimatgruppen und

Zweigstellen.

Achtung!

Jahreskarte 1934 zum
Verkauf auf die alte
Währungsreform, 20 Stück 24 — 10
Währungsreform 1934 zur
Währung der Währungs-
reform, . . . 10 Stück — 15
Währungsreform 1934 zur
Währung der Währungs-
reform, . . . 10 Stück — 20
Währungsreform 1934 zur
Währung der Währungs-
reform, . . . 10 Stück — 1.50

zu beziehen durch die

Warenstelle des G. B. B.

Uhrmacher Adolf Jungbluth Juwelier

Wien, 3. Bez., Landstracher Hauptstraße 72 (Süddeutscher)

Beste Erzeugnisse von feinen Juwelen, Gold- und Silberwaren.

Schweizer Präzisionsstahnuhren, Arm- und

uhren, erstklassige Markenuhren: Schaffhausen, Omega, Moval, Eterna,

Spezialist in Wiener Pendeluhrn, Wecker- und Stuhnuhren, Reparaturierung

nach Gold- und Silber. Eigene Präzisionswerkstätte für Uhren sowie Ren-

nung und Umarbeitung von feinen Juwelen. Schriftliche Aufzeichnung, Einkauf und

Umsatz von Gold, Silber, Brillanten und Perlen.

Große Auswahl in Verlobungs- und Ehrentagen, Mutter-

tags-, Firmtags-, Weihnachts- und Jubiläumsgeschenken.

Landsleute haben Vorzugspreise!



Kaufhaus für Qualitätswaren

Begründet 1863

U. Herzmannskij

Begründet 1863

Mariahilferstraße Nr. 26—28

Wien, VII.

Stiftgasse Nr. 1, 3, 5, 7

Stets das Neueste in:

Damen- und Kinderkonfektion / Seidenstoffen / Wollstoffen / Leinen-
waren / Wäsche / Wirkwaren / Aufpuß / Zugehör-Artikeln / Teppichen
Vorhängen / Decken / Lederwaren / Koffern / Reise-Artikeln

Berliner Monatshefte

für internationale Auffklärung



Aus dem Inhalt der letzten Hefte:

N. Potrowski: Die russischen Dokumente
des imperialistischen Krieges / **Paul Herre:**
Fürst Bülow und seine Tentativeditionen /
Egon Gottschalk: Die „conventions
anglo-belges“ und das Völkerecht /
Alfred von Wegerer: Hat der Tsar
d'Orsay den „Matin“ gelesen? / **Graf**
Max Montgelas: Lord Lansdowne /
H. von Hubst: Kritische Tage in Montenegro

Preis des Einzelheftes Mf. 1.50

Herausgegeben
von der Zentralstelle für Erforschung der
Kriegsursachen

Quaderverlag G. m. b. H., Berlin NW 6

AUFBAU

durch Sparen!

Tagesverzinsung von 5 bis 6 Prozent

Gudetendentes Kredit-Institut

reg. Genossenschaft m. b. H.

Wien, I., Zuchlauben 17

Telefon 128-1-15

Postsparkassenkont.: Wien 197.219, Prag 59.786, Berlin 122.611

Kassastunden von 9 bis 16 Uhr, an Samstagen von 9 bis 13 Uhr.

Bei Bedarf an **Schuhen** wende man sich

vertrauensvoll an die seit dem Jahre 1870 bestehende Firma

Mois Christ

Wien, 3. Bez., Landstraser Hauptstraße 98

Telefon 116-6-52

Schuhe in bester Qualität. Speziallager in Schuhen
für empfindliche Füße, auch für Ballenrheuma. Verkauf von
Dr. Lehmanns Gesundheitsstiefeln.

Großes Lager in gut passenden Schuhen.
Für prima Qualität. Prima Solierer
und Sportschuhe. Preisunterkunft gegen Nachnahme.
Landsleute werden besonders gut bedient.

Kauf von Pelzwerk

ist Vertrauenssache!

Ich empfehle meinen lieben Landsleuten bei Bedarf an
Befassungen, Marderhollers, Füchse, Pelz-
mänteln, Herrenpelzjutter und Ärdgen mein
reichhaltiges Lager aller Pelzartikel zu beschaffen. **Kein**
Kaufzwang! Reparaturen und Änderungen
werden beliens ausgeliefert, dafür bürgt
mein seit 76 Jahren bestehendes Kürschnergeschäft.

Josef Kraus, Kürschnermeister

Wien, 4., Margaretenstraße 26, Ecke Schinadnergasse.
Telefon A 30-6-16.

V. b. b.